15 Pfennig.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 13.50, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Amt Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Amt Dönhoff 1902, 3248, 5394, 7248, 7308, 7838, 7877, 7592, 7600.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzüglich 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.– zuzüglich 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzüglich 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 453. Mittwoch, 17. September 1919. Abend-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Die Zustände in den Gefangenenlagern.

Der Vertreter des W. T. B. in Versailles hatte Gelegenheit, Major Draudt nach seinen Besuchen in den englischen und französischen Gefangenenlagern zu sprechen. Er fragte ihn über die Eindrücke, die er bei seinen Besuchen gewonnen habe. Major Draudt erwiderte:

Ich kann mein Urteil über die bis jetzt gesammelten Erfahrungen dahin zusammenfassen: Es liegt, soweit ich es beurteilen kann, kein Grund vor, in materieller Beziehung sich irgendwie über die Gefangenen in Händen unserer bisherigen westlichen Gegner zu beunruhigen. Die Leute leben gesund und gut genährt aus. Am letzten Sonnabend konnte ich feststellen, daß in einem Gefangenenlager die Kriegsgefangenen zu Mittag reichlich Fleisch und eine kräftige Suppe aus Hülsenfrüchten erhielten. Ich habe mich länger mit den deutschen Köchen unterhalten. Sie sagten mir, daß die Kriegsgefangenen jetzt eigentlich täglich einmal Fleisch in ausreichendem Maße erhielten. Die Brotration muß als genügend bezeichnet werden. In einem englischen Lager haben die Küchen direkt unverbrauchte Vorräte an Reis und Mehl zu begehrten Artikeln wie Reis und Mehl gemacht. Die Kantinen sowohl in den französischen wie in den englischen Lagern stehen allgemein unter Verwaltung deutscher Gefangener. Sie werden hinreichend beliefert. In wenig Beträgen können von den Kriegsgefangenen bei den Kantinen Bestellungen gemacht werden, denen nach Möglichkeit entsprochen wird. Als unzureichend muß ich die Unterkunft in den von mir besuchten englischen Gefangenenlagern bei Boulogne-sur-Mer bezeichnen. In den französischen Lagern in der ehemaligen Kampfzone, die ich sah, ist die Unterkunft primitiv. Die entsprechende Bedeckung jetzt steht.

Nicht so gut ist es um die seelische Verfassung unserer Kriegsgefangenen bestellt. Die teilweise lange Zeit, die sie hinter Stacheldraht verbringen mußten, ist natürlich nicht ohne Folgen geblieben, und namentlich die, denen der Hang zum Grübeln und Nachdenken eigen ist, bangen nicht nur um ihre eigene Zukunft, sondern auch um die Zukunft ihres Vaterlandes, und das möchte ich da durchaus betonen: Fast immer habe ich das Gefühl einer heißen Vaterlandsliebe bemerkt, und deshalb glaube ich auch fagen zu dürfen: Wir bekommen ein gutes Menschenmaterial zurück, das einmal in die Heimat zurückgekehrt, nur des Beweises der Liebe der Heimat bedarf, um freudig mitzuarbeiten an der Wiederaufrichtung Deutschlands. Ich bin natürlich mit Fragen bestürmt worden. Auch das Kleinste interessierte. Man wollte nicht nur wissen, wie man in Deutschland jetzt lebt, sondern es man an die Kriegsgefangenen denkt, und bei dieser Gelegenheit stieß ich in einigen Fällen auf den Glauben bei Gefangenen, die Heimat bemühe sich nicht eifrig genug um ihre Heimkehr. Das ist verständlich aus dem Mangel an Zusammenhang mit der Heimat und dem Umstande, daß die Briefbeförderung beliebteste zu wünschen übrig läßt.

Der Vertreter des W. T. B. fragte hierauf Major Draudt: Unter welchen Bedingungen arbeiten unsere Kriegsgefangenen in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs? Major Draudt antwortete:

Klagen über zu starke Inanspruchnahme unserer Kriegsgefangenen sind mir nicht zu Ohren gekommen. Ich habe auf meiner Fahrt wiederholt beobachten können, daß unsere Kriegsgefangenen mit Bauern einträchtig zusammen auf dem Felde arbeiten, und konnte auch feststellen, daß sie zum Teil ohne direkte Bewachung bei den Bauern einquartiert sind. Die eigentlichen Aufräumungsarbeiten finden unter Aufsicht französischer Wachmannschaften statt, über deren Verhalten ich keine Klagen gehört habe. Auch in den einfachen Lagern der ehemaligen Kampfzone sind ich, wenn auch mit primitiven Mitteln, kleine Theater, auf denen die Kriegsgefangenen sich durch selbst zurechtgemachte Stücke Erholung und Anregung verschaffen. Wie oft hat man in der deutschen Presse gelesen, wie unrecht es sei, unsere Gefangenen zu den Wiederaufbauarbeiten in den nördlichen Departements von Frankreich heranzuziehen. Ich möchte im Gegensatz zu manchen Auffassungen in der Heimat meine Ansicht dahin aussprechen, daß man gerade in der Arbeit unserer Gefangenen in der ehemaligen Kampfzone ein gewisses völkerversöhnendes Moment sehen kann. Und als ich diesen Gedanken vor unseren Kriegsgefangenen aussprechen habe, habe ich mich außerordentlich gefreut, daß er von den Kriegsgefangenen aufgenommen wurde. Ich glaube, daß die Welt, wenn erst die Kriegsatmosphäre Eisenunden ist, sich zu gemeinsamer Wiederaufbauarbeit zusammenfinden muß. Ich bat die Kriegsgefangenen, sich dessen bewußt zu sein, daß jeder einzelne in dieser letzten Zeit bis zum Abtransport dem Vaterland nütze, wenn er sich als Träger des Deutschtums fühle und aus diesem Bewußtsein seiner Pflichten gegenüber dem Vaterland persönliche Interessen zurückstelle.

Der Vertreter des W. T. B. fragte am Schluß Major Draudt: Wie haben die Kriegsgefangenen die Nachricht von ihrer baldigen Heimsendung aufgenommen?

Darauf kann ich Ihnen ganz kurz antworten: Die Kriegsgefangenen stellten an mich die direkte Frage: Wann kommen wir nach Haus? Ich mußte ihnen offen antworten, daß ich den genauen Zeitpunkt nicht angeben könne. Ich machte darauf aufmerksam, daß bei den bestehenden Verkehrsschwierigkeiten und dem allgemeinen Kohlenmangel bis zum Rücktransport der letzten der 800 000 Kriegsgefangenen eine nicht unerhebliche Zeit notwendigerweise verstreichen müsse. Ich konnte ihnen aber folgendes als sicher mitteilen: England hat mit dem Abtransport seiner Gefangenen bereits begonnen. Frankreich hat uns den Beginn des Abtransportes versprochen für den Tag nach der Ratifizierung durch das französische Parlament, die wohl Ende des Monats zu erwarten ist. Diese Mitteilung ist wohl für die Kriegsgefangenen die beruhigendste von allen gewesen.

Marschall Mackensen in Saloniki.

Basel, 17. September. Nach einem Havasbericht aus Saloniki kam Generalfeldmarschall von Mackensen am 11. September in Begleitung von zwei Generalen, acht Offizieren und 38 Mann von Belgrad her in Saloniki an. Er wurde von den französischen Behörden in einer außerhalb der Stadt gelegenen Villa interniert.

Die Friedensdebatte in Washington.

Senator Jones für den Friedensvertrag.

Die von uns bereits mitgeteilten Nachrichten über den Beginn der Friedensdebatten in Washington werden durch folgende Meldung ergänzt:

Amsterdam, 17. September. Wie drahtlos aus Washington berichtet wird, hat am Montagnachmittag im amerikanischen Senat die Debatte über den Friedensvertrag begonnen. Sie wurde mit einer Rede des demokratischen Senators Jones aus Neu-Mexiko eröffnet, der nachdrücklich auf die Annahme des Vertrags ohne Abänderungen drang. Senator Jones sagte, daß die Senatoren, die gegen die unbedingte Ratifikation des Friedensvertrags stimmen, das Volk gegen den Friedensvertrag und den Völkerbund aufhetzen, und daß der Friedensvertrag und der Völkerbund zunichte gemacht werden würden, wenn der von der Mehrheit des Senatsausschusses empfohlene Vorbehalt angenommen würde.

* * *

„Telegraaf" meldet aus London, daß es Wilson nach einem Bericht des amerikanischen Korrespondenten der „Times" in Seattle endlich gelungen sei, den Extremisten im Senat, die den Friedensvertrag und den Völkerbund ablehnen wollen, eine Niederlage zuzufügen. Er habe die Opposition gezwungen, den Gedanken an einschneidende Aenderungen fallen zu lassen und sich mit Vorbehalten, durch die der Vertrag nicht verändert werde, zu begnügen. Dies sei ihm dadurch gelungen, daß er erklärte: „Ich habe von jetzt an meine Aufmerksamkeit darauf gerichtet dafür: Sorge zu tragen, daß die Vereinigten Staaten nicht von einer Minderheit beherrscht werden." Diese Bemerkung brachte Wilson minutenlangen Beifall ein.

Serbien unterzeichnet.

Paris, 16. September. Nach „Echo de Paris" ist die Unterzeichnung des österreichischen Friedensvertrages durch Serbien nunmehr sofort nach der Neubildung des Kabinetts geschieht.

Die Anklage gegen Caillaux.

B. Basel, 17. September. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Havasnachricht sprach die als Anklagekammer konstituierte Kommission des Pariser Gerichtshofs in ihrem Urteil die Einstellung des Verfahrens gegen Loustalot und Colby aus und stellte Caillaux, unter der Anschuldigung, ein Attentat gegen die innere Sicherheit des Staates begangen und mit dem Falle im Einverständnis gestanden zu haben, vor den Obersten Gerichtshof.

Keine Amtsmüdigkeit Erzbergers.

Ein hiesiges Blatt gibt in seiner heutigen Morgenausgabe unter der Ueberschrift „Erzberger amtsmüde" eine Meldung des „Freien Wortes" wieder, nach welcher das Kabinett sich darüber einig sei, daß der Rücktritt Erzbergers nach einer ihm eingeräumten kurzen Arbeitsfrist zu erfolgen habe. Demgegenüber wird von zuständiger Seite festgestellt, daß das Kabinett sich weder mit der Frage eines Rücktritts des Reichsfinanzministers Erzberger befaßt hat, noch irgendwelche Veranlassung hat, sich mit dieser Frage zu befassen. Die Meldung ist glatt erfunden.

Die letzten Aufgaben des Obersten Rats.

Bericht über die diplomatische Lage.

Paris, 16. September.

Der Oberste Rat hält dafür, daß seine Hauptaufgabe jetzt erfüllt ist. In der Mittwochsitzung wird der bulgarische Vertrag endgültig erledigt und die Ungarn zugewiesenen Bedingungen festgelegt werden. Es ist indessen keine Rede davon, diese zu übermitteln, bevor in Budapest eine dem Volkswillen entsprechende Regierung gebildet ist.

England wird bei den nächsten Beratungen durch die Bevollmächtigten Minister Kerr und Crowe vertreten werden, die indessen nicht so ausgedehnte Vollmachten haben wie die Delegierten auf der Konferenz.

Der Rat hat den militärischen Vertretungen in Budapest Bestimmungen zugehen lassen, durch die sie aufgefordert werden, eine örtliche Gendarmerie zu rekrutieren, um die Ordnung in Ungarn nach Zurückziehung der rumänischen Truppen zu sichern.

Balfours Nachfolger.

S. Haag, 17. September. (Eigene Drahtmeldung.) Balfour ist als Führer der britischen Delegation der Friedenskonferenz durch Lord Eyre Crowe vom Ministerium des Aeußern, der als Deutschenfeind bekannt ist, ersetzt worden. Es heißt jedoch, daß Sir Crowe nur vorläufig den Posten versehen und Lord Curzon, der gegenwärtige Staatssekretär des Aeußern, zum Haupt der englischen Delegation in Paris ernannt werde.

Eine ultimative Note an Deutschland.

Paris, 16. September. (Havas.) **Nach „Chicago Tribune" wurde Marschall Foch beauftragt, an Deutschland eine Note mit Ultimatumscharakter zu senden, durch die es aufgefordert werden soll, die nötigen Maßnahmen gegen die deutschen Truppen in Livland zu treffen, für die es verantwortlich gemacht wird, und die es unverzüglich zurückziehen muß.**

Die Wiederherstellung des zwischenstaatlichen Bahnverkehrs.

Paris, 16. September. (Havas.) „Petit Journal" meldet daß die deutsche Delegation einer Sitzung der Eisenbahnkommission der Friedenskonferenz in Versailles beiwohnte, die sich mit der Regelung und Wiederaufnahme der internationalen Eisenbahnverbindungen zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland befaßte.

Noch keine Verhandlungen mit den Polen.

Entgegen anderweitigen Zeitungsmeldungen erfahren die „B. P. N." an zuständiger Stelle, daß vorläufig keine Verhandlungen mit den Polen stattfinden.

Der Rest der polnischen Abordnung in Berlin ist nach Posen und Warschau abgereist und wird voraussichtlich in 8 bis 14 Tagen hierher zurückkehren. Es sind dies die Herren Rubenizzel, Sekretär des Vizeministers Dr. Wroblewski, Korfanty und Tzoslaus Chmielewski.

Die Krisenstimmung in England.

Eigene Drahtmeldung.

S. Haag, 17. September.

Die Mißstimmung über die Politik der Regierung hat in der englischen Oeffentlichkeit derart zugenommen, daß in allernächster Zeit mit einer Kabinettskrise gerechnet werden kann. Nachdem durch die Veränderungen im Ministerium für Luftschiffahrt und im Marineamt sowie durch die Stellung der Regierung zur Westinstallung der Gruben der Grund zu einer allgemeinen Unzufriedenheit gelegt war, ist sie durch die Weise der Entdüllungen aufs heftigste gestiegen.

Eingeleitet wurde der Hetzjagd durch Oberstleutnant Deilly, der sich in einem im „Daily Express" veröffentlichten Brief äußerst scharf über die sowjetrussische Politik Churchills aussprach. Seine Fortsetzung fand er in den Veröffentlichungen des Generals Sir Edward Maurice und dem Interview, das General Ironside einem russischen Zeitungsdetrever gewährt hatte und das, gegen den Willen des Generals von einem englischen Armeeblatt in Archangelsk abgedruckt, auch zur Kenntnis Londoner Kreise gelangte. Es folgte der Gewerkschaftskongreß mit seinem großen Erfolge, der er durch seine entschiedene Haltung zur Grubenverstaatlichung und Regierungspolitik gegen Rußland errang. Als weiteres Schwächungsmoment für die Regierung kam die Nachricht in Widerspruch hinzu, die den übersiegenen Sieg Hedgerlands in einem bisher stets kontroverse vertretenen Mahlkreis brachte. Hiermit hat die Mißstimmung gegen die Regierung sich als so groß erwiesen, daß für die Koalition heute kein Sitz mehr sicher scheint.

Eine große Bedeutung ist auch der Person des Gewählten beizumessen. Henderson wird nun wohl wieder die parlamentarische Führung der Arbeiterpartei übernehmen und es dürfte ihm gelingen, eine starke sozialistische Politik zu führen. Das extrapolitionelle Element hat dadurch eine ganz besondere Stärkung erfahren.

Den Hauptstoß dürften die jüngsten Entdüllungen Bullitts dem Kabinett versetzen. Sie sind in ihrer Wirkung nicht so sehr ein Angriff auf Wilson, als gegen Lloyd George. Er muß es sich gefallen lassen, durch Bullitt der Unwahrheit überführt zu werden. Sein schwaches Dementi, in dem er sich bemühte, Bullitts Behauptung einfach als Lüge hinzustellen, hat bei der gesamten englischen Presse recht wenig Glauben gefunden. Ebenso konnte der Versuch, die englische Politik in Rußland mit der deutschen Gefahr zu entschuldigen, nur ein mitleidiges Lächeln erwecken. Die Tatsache ist durch Danzig bestätigt worden, daß Bullitt mit einem russischen Friedensangebot zurückkam und Lloyd George persönlich eine Abschrift davon überreichte. Nicht genug damit, daß die Konferenz in Paris dieses Anerbieten der Sowjetregierung einfach ad acta legte — Lloyd George leugnete sogar eine Woche später im englischen Unterhause in aller Form, es gekannt zu haben. Selbst als am 20. März der „Daily Herald" davon zu berichten wußte, ließ der Ministerpräsident am 2. April und in den folgenden Tagen durch Bonar Law und Harmsworth ausdrücklich das Bestehen eines solchen Friedensangebots in Abrede stellen.

Die Erbitterung der oppositionellen Presse über diese Haltung des englischen Premiers ist nunmehr aufs äußerste gestiegen, und durch die gesamte Oeffentlichkeit geht der Ruf nach Aufklärung der Angelegenheit. Alle Ablenkungsversuche Lloyd Georges können ihn nicht zum Schweigen bringen, auch das Propagandablatt nicht, das er am vergangenen Sonntag in Gestalt einer mit „The Future" überschriebenen Flugschrift in Hunderttausenden von Exemplaren kostenlos verteilen ließ. Es stellt ein schönfärberisches soziales Regierungsprogramm auf und verheißt dem Lande die Lösung der Arbeiterfrage durch Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen, Gewinnbeteiligung und Arbeitskammerkürzer, Ankauf der Grubenreviere seitens der Regierung und Aufnahme von Arbeitervertretern bei den Grubenverwaltungen sowie die Verfolgung einer kurzen Handelspolitik durch Verhinderung des Dumping-Systems. Aber das Vertrauen ist nun einmal ganz geschwunden. Der Konflikt drängt zu einer Lösung. Die Stimmung in den Wählerkreisen ist so regierungsfeindlich geworden, daß es selbst Lloyd Georges Geschicklichkeit nicht gelingen wird, sich ne fmals durch die Schwierigkeiten hindurchzuwinden. Dazu kommt, daß Admiral Fisher der ganzen Verstimmung durch ein Schlagwort einen besonderen Nachdruck gegeben hat, indem er in einem Briefe an die „Times" zum ersten Male den Ausspruch prägte: „back the lot!" (Weg mit der ganzen Gesellschaft!) Durch diese Bemerkung hat er nur einen Wunsch ausgesprochen, der in weiten Kreisen des Volkes lebt.

Lloyd George soll, wie die „Central News" von zuständiger Seite wissen will, bereits die Folgerung aus der allgemeinen Unzufriedenheit gezogen haben. Er trägt sich mit der Absicht, entweder eine Neubildung seines Ministeriums vorzunehmen oder das Parlament aufzulösen. Jedenfalls deutet alles darauf hin, daß die Neuwahlen in England näher bevorstehen, als man noch vor kurzem annehmen konnte. Ob Lloyd George nun das Parlament auflösen oder ein neues Kabinett bilden wird, fällt nicht ins Gewicht; beide Maßnahmen laufen auf eine Neuwahl hinaus, denn die Bildung eines neuen Ministeriums kann heute nur durch einen vollkommenen Bruch mit der konservativen Partei geschehen. Man rechnet in der englischen Oeffentlichkeit auch bereits allgemein mit Neuwahlen, und überall werden Vorbereitungen dazu getroffen, ja, die Zuversicht in den liberalen und den oppositionellen Kreisen scheint so groß, daß man sich bereits Sorge macht, es könne noch dem Siege der heutigen Opposition in dem neuen Parlament eine kräftige Opposition überhaupt nicht vorhanden sein.

Eine Verschwörung gegen die englische Regierung.

Amsterdam, 17. September. „Allgemeen Handelsblad" berichtet aus London: Der Regierung sind Beweise für die Existenz einer Verschwörung in die Hände gefallen, die von Anarchisten und Arbeitern angezettelt ist und den Zweck verfolgt, revolutionäre Streiks zu organisieren und mit Gewalt vorzugehen. Im Mittelpunkt dieser revolutionären Organisation, die die Absicht hat, mit Hilfe des politischen Mordes sich selbst der Regierungsgewalt zu bemächtigen, steht die maritime Workers Föderation, die jetzt von der Polizei verboten wurde.

Die Washingtoner Konferenz.

Der Standpunkt der Deutschen Gewerkschaften.

Während die Regierungen des Verbandes und der neutralen Länder bereits Einladungen für ihre Arbeiterverbände zur Teilnahme an der für Oktober einberufenen internationalen Arbeiterkonferenz in Washington erhalten haben, ist den deutschen Verbänden bisher keine Einladung zugegangen. In Anlehnung an den Beschluß der Aufsichtsrat, daß die deutschen Arbeiter erst nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund amtlich eingeladen werden können.

Wie wir von unterrichteter Seite hören, werden die deutschen Gewerkschaften nur dann Vertreter nach Washington senden, wenn sie eine amtliche Einladung erhalten. Eine Erklärung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in dieser Frage steht bevor.

Da verschiedene skandinavische Arbeiterverbände bereits mit Fernbleiben von der Konferenz gedroht haben, wenn die Deutschen nicht ordnungsmäßig eingeladen werden, und möglicherweise die Arbeiterverbände weiterer Länder sich diesem Vorgehen anschließen, ist das Zustandekommen der Konferenz noch durchaus ungewiß.

Versailles, 16. September. „Echo de Paris" veröffentlicht eine Nachricht, aus der man entnehmen kann, daß die Frage, ob Deutschland zur internationalen Washingtoner Konferenz für Arbeiterrecht zugelassen werden soll, noch endgültig entschieden ist. Der Oberste Rat habe den Entschluß gefaßt, die Entscheidung darüber der Konferenz selbst zu überlassen.

Was im besetzten Gebiet „aufreizend" ist.

Frankfurt a. M., 16. September. Die meinheitssozialistische „Frankfurter Volksstimme" wurde gestern in dem von den Franzosen besetzten Gebiete beschlagnahmt, weil sie anläßlich der Wahl Hendersons ins englische Unterhaus mitgeteilt hatte, daß bei der Wahl 1918 der Koalitionskandidat Walter den Arbeiterkandidaten mit einer Mehrheit von 3694 Stimmen geschlagen hätte. Das Blatt in dem für das besetzte Gebiet bestimmten Exemplaren der Zeitung durch Selbstzensur alle Betrachtungen fortgelassen, die es an die Wahl Hendersons knüpfte.

Die Tarifverträge in der Landwirtschaft.

Berliner Morgenblätter melden, die Lage in den pommerschen ländlichen Produktionsbezirken habe sich dadurch verschärft, daß gewisse Grundbesitzer sich weigerten, die Anordnungen des Landwirtschaftsministers über die Tarifverträge einzuhalten. Diese Blätter halten weitere Verwicklungen nicht für ausgeschlossen.

An Berliner Zentralstellen wird die Lage zwar für ernst angesehen, jedoch keineswegs als hoffnungslos, denn man nimmt mit Sicherheit an, daß die Landwirte die Notwendigkeit erkennen werden, im Interesse der Volksernährung sich mit der Durchführung der Anordnungen, die unbedingt notwendig sind, abzufinden. Genau so, wie die Fabrikbesitzer sich haben seinerzeit entschließen müssen, auf Tarifverträge einzugehen, müssen auch die Landwirte sich hierzu verstehen. Bekanntlich war der Widerstand der Landwirte gegen die Tarifverträge von Anfang an sehr stark. In Pommern hatten sich die Arbeitgeber in dem Landbund eine eigene Organisation zur Wahrnehmung ihrer Interessen geschaffen. Jedoch muß festgestellt werden, daß der Widerstand der Landwirte gegen die Tarifverträge nach dem Streik stark abgeflaut ist, wenn auch ihre Mißstimmung wegen der Tarifverträge fortbesteht und letztere durch die Auslassungen des Reichsarbeitsministers Schmidt, der für eine weitere Beibehaltung der gesundenen Wirtschaft eintrat, neue Nahrung gefunden hat.

Es muß indessen gegenüber den Berliner Pressestimmen, die zu stark verallgemeinern, darauf hingewiesen werden, daß die tatsächliche Oppposition gegen die Tarifverträge sich auf einen verhältnismäßig kleinen Bezirk, nämlich die Kreise Neustettin und Belgard, beschränkt. Im übrigen muß anerkannt werden, daß die Landwirte auch in Pommern sich überwiegend zum Abschluß von Tarifverträgen verstanden und sie dann auch regelmäßig eingehalten haben. Es steht zu hoffen, daß auch in den Bezirken, die den Sitz der Opposition bilden, die bessere Einsicht von der unbedingten Notwendigkeit der Tarifverträge im Interesse der allgemeinen Volksernährung durchdringt, und es besteht sicherer Aussicht, auf diese Weise ernsthafte Komplikationen bestimmt zu vermeiden.